

PRÄAMBEL

In Xhain wohnen viele Menschen zusammen und gestalten gemeinsam den Bezirk. Wir wollen, dass jede*r Einzelne sich so gut wie möglich einbringen kann. Dazu gehört, dass allen Menschen die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Daher setzen wir uns für die freie Zugänglichkeit von Verwaltungsdiensten ein. Außerdem sollen alle Ausschüsse öffentlich sein und die Sitzungen der BTVT Internet live übertragen werden. Interessenkonflikte von Verordneten sollen in einem Lobbyregister einsehbar sein.

Die Teilhabe gilt für alle. Wir sind dafür, allen Menschen im Bezirk unabhängig von Alter oder Staatsangehörigkeit maximale Mitsprachemöglichkeiten bei der Gestaltung des Bezirks einzuräumen. Auch den Menschen, die aufgrund der Kriege im Nahen Osten und anderen Weltgegenden ganz neu im Bezirk eingetroffen sind, möchten wir Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören eine menschenwürdige Unterbringung, das Recht auf Freizeitigkeit und Arbeit, Sprachkurse und eine gesellschaftliche Vertretung. Dabei stehen uns derzeit noch einige Bundesgesetze im Weg, die die Teilhabe, z. B. im Wahlrecht, unmöglich beschreiben. Hier gibt es für uns nur eine Richtung: die der Demokratisierung.

Teilhabe wird aber derzeit nicht nur durch Bundesgesetze beschränkt. Wer sich keinen Internetanschluss leisten kann, kommt u. U. nicht an die notwendigen Informationen und kann sich nicht vernehmen. Daher fordern wir Freiheit, mit Freifunk schaffen Menschen ihre Internetanschlüsse zusammen und stellen sie anderen Menschen zur Verfügung. Zudem ist Freifunk dezentral aufgebaut und erschwert die staatliche Kontrolle von Kommunikation. Denn wer sich überwacht fühlt, kommuniziert nicht frei. Daher setzen wir uns auch gegen die Funkzellenabfragen, gegen massenhafte Videouberwachung und gegen geheime Gefahrengebiete im Land ein.

Teilhabe wird auch beschränkt durch mangelnde Mobilität. Wer sich kein BVG-Ticket leisten kann, muss zur Ausschüttung zu fahren, kann seine Rechte dort nicht vertreten. Daher treten wir für umlagefinanzierte, fahrzeugsichere, öffentlichen Nahverkehr ein. Ein Nebenvektor wäre die Abschaffung von BVG-Kontrollen und mehr Platz in den Berliner Justizvollzugsanstalten. Dort servieren derzeit viele arme Leute, die sich in der Stadt bewegende Mobilität nicht leisten können. Das öffentliche Straßenland soll ebenfalls allen zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für gleichberechtigte Nutzung des Verkehrsraumes durch alle Fortbewegungsmittel (zu Fuß, Fahrrad, Auto, Bus, Bahnen) ein. Dabei ist der gegenseitige Respekt die oberste Prämisse. In diesem Kontext wollen wir das Konzept Shared Space noch stärker erproben. Auch öffentliche Grünflächen und Wasserläufe sollen allen Menschen zugänglich sein. Wir gehen uns gegen die Privatisierung des Spreeufers und des Zubaus von Brachflächen.

STADTENTWICKLUNG

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Planungsausschuss von einem Abwickelpunkt zu einem politischen Gremium gemacht. Zentral sind für uns die Prinzipien Erhalt von Freiflächen, qualifizierte und nachhaltige Planung sowie echte Bürgerbeteiligung. In all diesen Punkten sind wir einig: Mit dem grünen Bausatzrat Hans Panhoff anhandnergehen, der dort andere Vorstellungen hat. In den Debatten um große Neubauplanungen waren meist wir die treibende Kraft, um höchste Qualitäten und Sozial- sowie Umweltstandards zu erreichen. Insgesamt haben wir 72 Anträge und Anfragen im Bereich Stadtentwicklung gestellt. Wir waren das Konzert, das die allzu weiche Haltung des Bezirksrates gegenüber den Investoren thematisiert hat. Durch unsere Kritik kam ein öffentlicher Diskussionsprozess häufig überhaupt erst zustande. Vielfach wurden uns von alternativen Möglichkeiten aufgezeigt, die einer nach unserem Verständnis besser gestaltet werden könnten.

Auch im täglichen Arbeitsleben gilt für uns das Gebot der Teilhabe. Wir setzen uns für die Weiterverwendung und gemeinsame Entwicklung von Computercode (Open Source). Auch Büroumgebung und Infrastruktur können gemeinsam genutzt werden in sogenannten Coworking Spaces. Menschen sind soziale Wesen und helfen einander; wenn man ihnen die Möglichkeit dazu gibt, dies auch im kulturellen Bereich. Die menschliche Kreativität findet sich nicht nur in den klassischen Gebäuden der Privilegierten wie Opernhäusern, sondern auch im viel kleineren Raum, z. B. Jam Sessions oder Street Art. Wir setzen uns für den Erhalt von nicht-kommerziellen Freiflächen für die Kultur ein.

Auch Spiritualität gehört zur menschlichen Kultur und zur menschlichen Entfaltung. Dabei gilt für uns aber, dass der Staat sich in diesem Bereich weltanschaulich neutral verhält. Das heißt: keine positive Diskriminierung von Religionsgemeinschaften durch staatliche Unterstützung; keine negative Dis-

kriminierung von Religionen im Arbeitsmarkt und anderswo.

In Xhain wohnen viele Menschen zusammen und gestalten gemeinsam den Bezirk. Wir wollen, dass jede*r Einzelne sich so gut wie möglich einbringen kann. Dazu gehört, dass allen Menschen die notwendigen Informationen zur Verfügung stehen. Daher setzen wir uns für die freie Zugänglichkeit von Verwaltungsdiensten ein. Außerdem sollen alle Ausschüsse öffentlich sein und die Sitzungen der BTVT Internet live übertragen werden. Interessenkonflikte von Verordneten sollen in einem Lobbyregister einsehbar sein.

Die Teilhabe gilt für alle. Wir sind dafür, allen Menschen im Bezirk unabhängig von Alter oder Staatsangehörigkeit maximale Mitsprachemöglichkeiten bei der Gestaltung des Bezirks einzuräumen. Auch den Menschen, die aufgrund der Kriege im Nahen Osten und anderen Weltgegenden ganz neu im Bezirk eingetroffen sind, möchten wir Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören eine menschenwürdige Unterbringung, das Recht auf Freizeitigkeit und Arbeit, Sprachkurse und eine gesellschaftliche Vertretung. Dabei stehen uns derzeit noch einige Bundesgesetze im Weg, die die Teilhabe, z. B. im Wahlrecht, unmöglich beschreiben. Hier gibt es für uns nur eine Richtung: die der Demokratisierung.

Teilhabe wird aber derzeit nicht nur durch Bundesgesetze beschränkt. Wer sich keinen Internetanschluss leisten kann, kommt u. U. nicht an die notwendigen Informationen und kann sich nicht vernehmen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundthese, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch des derzeitigen grünen Bemühens Hans Panhoff ein.

STADTENTWICKLUNG

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir den Planungsausschuss von einem Abwickelpunkt zu einem politischen Gremium gemacht. Zentral sind für uns die Prinzipien Erhalt von Freiflächen, qualifizierte und nachhaltige Planung sowie echte Bürgerbeteiligung. In all diesen Punkten sind wir einig: Mit dem grünen Bausatzrat Hans Panhoff anhandnergehen, der dort andere Vorstellungen hat. In den Debatten um große Neubauplanungen waren meist wir die treibende Kraft, um höchste Qualitäten und Sozial- sowie Umweltstandards zu erreichen. Insgesamt haben wir 72 Anträge und Anfragen im Bereich Stadtentwicklung gestellt. Wir waren das Konzert, das die allzu weiche Haltung des Bezirksrates gegenüber den Investoren thematisiert hat. Durch unsere Kritik kam ein öffentlicher Diskussionsprozess häufig überhaupt erst zustande. Vielfach wurden uns von alternativen Möglichkeiten aufgezeigt, die einer nach unserem Verständnis besser gestaltet werden könnten.

Auch im täglichen Arbeitsleben gilt für uns das Gebot der Teilhabe. Wir setzen uns für die Weiterverwendung und gemeinsame Entwicklung von Computercode (Open Source). Auch Büroumgebung und Infrastruktur können gemeinsam genutzt werden in sogenannten Coworking Spaces. Menschen sind soziale Wesen und helfen einander; wenn man ihnen die Möglichkeit dazu gibt, dies auch im kulturellen Bereich. Die menschliche Kreativität findet sich nicht nur in den klassischen Gebäuden der Privilegierten wie Opernhäusern, sondern auch im viel kleineren Raum, z. B. Jam Sessions oder Street Art. Wir setzen uns für den Erhalt von nicht-kommerziellen Freiflächen für die Kultur ein.

Auch Spiritualität gehört zur menschlichen Kultur und zur menschlichen Entfaltung. Dabei gilt für uns aber, dass der Staat sich in diesem Bereich weltanschaulich neutral verhält. Das heißt: keine positive Diskriminierung von Religionsgemeinschaften durch staatliche Unterstützung; keine negative Dis-

kriminierung von Religionen im Arbeitsmarkt und anderswo.

Die Piratenpartei steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familiopolitik. Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens. Die Piraten setzen sich dafür ein, dass Politik der Vielfalt der Lebensstile gerecht wird, jeder Mensch muss sich frei für den selbstgewählten Lebenswandel und für individuell von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Das Zusammenleben von Menschen darf nicht auf der Vorteilnahme oder Ausbeutung einzelner gründen.

Die Piratenpartei steht für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechterlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen liefern wir ab. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht. Gesellschaftsstrukturen, die sich aus Geschlechterrollenrollen ergeben, werden dem Individuum nicht gerecht und sind zu überwinden.

KIEZLEBEN

Berlin ist 365/24 offen. So haben sich Späts in der Berliner Kiezkulter etabliert. Die überlastete Berliner Verwaltung sollte sich daher um Wichtiges kümmern als um die Gängelung von inhaftegeführten Späts. Zusätzlich fordern wir die Gleichstellung von Späts und Tankstellen, wenn diese Ladestationen für Elektroleichtfahrzeuge zur Verfügung stellen. Somit kann ein Sonntagsverkauf vollkommen legal stattfinden.

SUCHT- UND DRUGENPOLITIK

Die repressive Drogenpolitik des Senats ist gescheitert. Repression an einem bestimmten Ort hat nicht weniger Drogenhandel zur Folge, sondern lediglich Verlagerung an einen anderen Ort. Irrenwand wird ganz Berlin mit Polizei-Patrouillen, ohne dass das Grundproblem dadurch gelöst wäre. Das ist vielleicht die Vision von Frank Henkel, aber nicht unsere.

Die Bekämpfung von Drogenabhängigkeit gehört für uns zur Gesundheitspolitik. Die Polizei ist in diesem Feld der falsche Akteur und kann lediglich Symptome bekämpfen. Abhängige soll geholfen werden statt sie zu kriminalisieren. Menschen haben ein Recht auf Rausch. Mit welchen Substanzen dieses wahrenehmen, ist ihre alleinige Entscheidung, solange keine Dritten zu Schaden kommen. Dabei erkennen wir das Problem der Sucht nicht. Repression hat nachgewiesenermaßen aber nicht zur Folge, dass weniger Menschen süchtig werden. Daher ist Repression als Mittel zur Suchtekämpfung ungeeignet. Weiterhin führt die Kriminalisierung dazu, dass viele gesundheitsschädigende Substanzen auf dem Schwarzmarkt zur Streckung verwendet werden. Dies verschleiert die gesundheitliche Lage der Abhängigen. Wir setzen uns daher auch schon heute für Drug Checking ein.

Wir sehen Drogenkriminalität als ein Problem an, das es zu beheben gilt. Diese Kriminalität ist direkte Folge der Prohibition. Eine legale Möglichkeit des Drogenvertriebs dagegen bedeutet das sofortige Ende des Schwarzmarktes und der damit einhergehenden Delikte und Belästigungen.

Wir unterstützen die geordnete und legalisierte Cannabissubstitution aus dem bereits bekannten Coffeshopmodell. Einnahmen, die dem Bezirk aus dem legalen Verkauf von Cannabisprodukten entstehen, sollen zu 25 % direkt in die Reparatur und den Ausbau der im Bezirk befindlichen Spielplätze und Grünflächen investiert werden.

Club- und Open-Air-Kultur ist aus verschiedenen Strömungen und Jugendbewegungen entstanden und hat sich seither vom Popmainstream entgegen weiterentwickelt. Sie ist einer der weltweit wichtigsten urbanen Subkulturen geworden. Sie umfasst als allgemein verständlicher Begriff die Vereinten Menschen unterschiedlicher Herkünfte und Hautfarben durch eine gemeinsame kulturelle Identität und Leidenschaft. Sie sorgt wie wenig andere Dinge für einen zwangloseren und offeneren Umgang mit unterschiedlichen Sexualitäten. Clubkultur

bandsklage gegen das Bauprojekt gegeben, die vom Bezirk heftig attackiert wurde. Nun greifen sich dort die Baukräfte und das letzte große Grundstück in Friedrichshain-Ost dem Luxuswohnungsbau zum Opfer gefallen. Der Bezirk ruhigt sich mit einer politisch aktiver Bevölkerung, die ständig Unterschriften ein. Abhängigkeit und Sucht gilt es zu vermeiden. Sucht ist eine Krankheit und kein Verbrechen. Die Repression von Konsument*innen bindet unnötig Polizeikräfte, die wesentlich sinnvoller in anderen Bereichen eingesetzt werden könnten. In der Polizeipolizei wird lange verschoben, menschliche Arbeit durch Technik zu ersetzen (Videoüberwachung, Vorradsatzerspeicherung, Funkzellenabfrage). Diese Technik kann in der Tat viel mehr erledigen als die Arbeit der Polizei.

Zwischen Ostbahnhof und Volkspark Friedrichshain möchte die WBM mit Unterstützung des Bezirksamtes erstmals 2018, jetzt 20 Punkthochhäuser errichten. Wir haben über ein Jahr lang Bauleitplanung und Bürgerbeteiligung eingefordert, ohne dass dies das Bezirksamt interessiert hätte. Nach erheblichem Protest der Anwohner hat sich das Bezirksamt schlussendlich um Bauvorhaben gebracht. Da aber in der Zwischenzeit Bauvorhaben positiv beschieden wurden, ist die Chance zur Einflussnahme der BVV unmöglich gewesen.

In der Rigaer Straße entstehen immer neue Luxuspaläste, die viel zu den sozialen Unruhen in der Anwohnerschaft beitragen. Das grüne Bezirksamt untersucht nicht, um die Profitgier der Investoren zu zügeln, sondern hat mit minimalen Zugeständnissen zufrieden gegeben. Die Überzeugung von Stadtrat Hans Panhoff und dem Stadtplanausschuss, dass diese brutale der Nachverdichtung richtig sei, hat in der Rigaer Straße besonders heftige Konsequenzen.

Mit unserer Unterstützung konnten die Prinzessinnengärten als innerstädtische Urban-Garden-Projekt gesichert werden; die landeseigene Liegenschaftsgesellschaft wollte die Gärten zugunsten einer Gewerbebauung kündigen.

Am Fraenkelufer sollte gegen den erklärten Bürgerwillen eine zerstörung des Großgrunds und eine sterile und durchgeplante Anlage der Freiflächen durchgesetzt werden. Durch ein grünes Bezirksamt!

Auch an der Gerhart-Hauptmann-Schule setzen die Grünen auf maximalen Erhalt der Freiflächen und auf eine soziale Nutzung der Schule.

Um die Freiheit der eigenen Persönlichkeit unterstützen wir konsequent auch in der Geschlechterpolitik. Menschen sollt kein Geschlecht aufgezwungen werden, das sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die Freiheit der eigenen Persönlichkeit unterstützen wir konsequent auch in der Geschlechterpolitik. Menschen sollt kein Geschlecht aufgezwungen werden, das sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, die sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, die sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, die sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, die sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, die sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, die sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, die sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, die sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

Die meisten unserer Anträge wurden zwar von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt, die sie nicht wünschen. In der Familienpolitik gilt für uns die Grundidee, die sich nahe stehen, übernehmen Verantwortung für einander. Das heißt Ehe für alle, Adoptionsrecht für alle, Verantwortung für Kinder, die zu übernehmen gilt auch im Alter oder bei der Pflege. Wir setzen uns für den Bau von Mehrgenerationenhäusern. In der Baupolitik gilt für uns: Bewohner*innen entscheiden über ihre Wohnung. Wir wollen Baugruppen und genossenschaftlichen Wohnungsbau fördern. Neubau von Luxuswohnungen, die zur Verdgründung führt, haben wir im Bauausschuss bekämpft (Freudenberger, Dragonerarel, WBM, YAAM) und werden dies auch weiter tun. Wir setzen uns für einen Austausch der Videotape und der BVV untereinander ein.

PIRATEN XHAIN



#PRTXHN